

VVS.-Tgb.-Nr. 833/61

Vertrauliche Verschlusssache

Eing.: 0 9. APR. 1961
VS-Eing.-Nr. 709.165
Empfänger ll

Ausfertigungen

4. Ausfertigung	—	38	Blatt
- Anlagen	—	-	Blatt
Insgesamt		—	Blatt

**Sonderinformation
über die
NATO-Ministerratstagung
vom 8. bis 10. Mai 1961 in Oslo**

Stand: 15. 6. 1961

GLIEDERUNG:

SEITE:

ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN AUF DER NATO-
RATSTAGUNG BEHANDELTEN PROBLEME 3

KURZE ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN AUF DER
NATO-RATSTAGUNG VOM 08. BIS 10.05.1961 IN
OSLO GEHALTENEN REDEN 9

VORLAGEN DES STÄNDIGEN RATES UND AUFTRÄGE
ZUR AUSARBEITUNG WEITERER PLÄNE 24

Anhang 1

ABSCHLUSSKOMMUNIQUE DER NATO-RATSTAGUNG 28

Anhang 2

TEILNEHMER AN DER OSLOER NATO-RATSTAGUNG 32

ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN AUF DER
NATO-RATSTAGUNG BEHANDELTEN PROBLEME
=====

Auf der Tagesordnung der vom 08. bis 10. Mai 1961 in Oslo durchgeführten Konferenz des NATO-Ministerrates standen nachstehende Hauptthemen mit folgenden Unterpunkten:

- I. Weltpolitische Situation:
 - a) Beurteilung durch die Minister
 - b) Aussprache
- II. Bericht über die Tätigkeit des Generalsekretariats:
 - a) Erläuterung zu den bereits den Delegationen zugeleiteten Berichten
 - b) Aussprache
- III. Langfristige nichtmilitärische Planung:
 - a) Konsultation
 - b) Zuständigkeit der Organisation auf wirtschaftlichem Gebiet
 - c) Notstandsplanung
 - d) Verschiedenes.

Die Periode zwischen der Dezembertagung des NATO-Rates in Paris und der Osloer NATO-Ratstagung war gekennzeichnet durch die sich verschärfenden Gegensätze zwischen den NATO-Staaten (Gegensätze in der Kolonialpolitik; Kuba-Aggression der USA und Laosfrage; die während des Algerienputsches der rechtsextremen Militärkreise Frankreichs aufgetretenen Differenzen zwischen Amerika und Frankreich; die politischen Differenzen zwischen den beiden Wirtschaftsorganisationen in Europa - EWG und EFTA -; die sich aus dem amerikanischen Vorschlag zur gemeinsamen Weltraumforschung als Gegengewicht zu den britisch-französisch-westdeutschen "Blue Streak"-Programm ergebenden Differenzen).

Die NATO-Ratstagung vom 08. bis 10.05.1961 in Oslo, die keine Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten faßte und an der nur die Außenminister der NATO-Staaten und deren Berater (die vorgesehene Teilnahme der Kriegsminister wurde abgesetzt) teilnahmen, behandelte folgende Hauptprobleme:

1. Militärische Fragen und Notstandsplanung

Im Mittelpunkt der Diskussionen zu den militärischen Problemen der NATO stand die Verstärkung der konventionellen Rüstung aller NATO-Staaten. Die Forderung zur Verstärkung der konventionellen NATO-Truppen wurde besonders vom amerikanischen Außenminister Rusk hervorgehoben, der mehrfach darauf verwies, daß es angesichts der militärischen Stärke der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers für die NATO und die USA keine andere Wahl gebe, als Forcierung der Atomrüstung unter gleichzeitiger Beschleunigung und Erweiterung des Programms der konventionellen Rüstung. Er betonte in diesem Zusammenhang, daß die Notwendigkeit der Stärkung der konventionellen Rüstung auch durch die Tatsache unterstrichen werde, daß die Gefahr eines allumfassenden Weltkrieges im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung weniger gegeben sei, als die Auslösung örtlich begrenzter Konflikte in den verschiedensten Teilen der Erde.

Die Notwendigkeit der Verstärkung der konventionellen Verbände wurde darüber hinaus noch damit begründet, daß die rasche Entwicklung der Befreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern, von den alten Kolonialländern (Großbritannien, Frankreich, Portugal, Belgien) und auch den USA die Erfüllung zahlreicher militärischer "Verpflichtungen" in der Welt erfordere.

Zur Rolle und Bedeutung der Ausrüstung der NATO-Gruppierungen mit Kern- und Raketenwaffen äußerte der amerikanische Außenminister Rusk, daß die Regierung Kennedy bereit sei, diese Waffen und die erforderlichen Träger bereitzustellen.

Jedoch wurden bei der Behandlung dieses Problems die Widersprüche zwischen den USA einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits sichtbar, indem Rusk die Behauptung aufstellte, bei den NATO-Partnern bestehe der "grundsätzliche Wunsch, keine eigene Kernwaffenproduktion" zu betreiben. Darüber hinaus verwies er darauf, daß die amerikanische Regierung gegenwärtig überprüfe, ob es zweckmäßig sei, die Gesetze der USA dahingehend abzuändern, daß es der Regierung ermöglicht werde, Kernwaffen in die Hände anderer NATO-Partner zu geben.

Als eine Stärkung der Position der französischen Regierung auf dem Gebiete der Atomrüstung ist die Mitteilung des französischen Außenministers Couve de Murville zu betrachten, die französische Regierung habe festgelegt, die Produktion von Atombomben aufzunehmen. Die erste französische Atombombe soll offiziellen Meldungen zufolge bis Herbst 1961 fertiggestellt werden.

Zu einer weiteren Verschärfung der Widersprüche zwischen Großbritannien und den USA führte der Vorschlag der amerikanischen Delegation, im Rahmen der NATO ein Programm zur gemeinsamen Weltraumforschung aufzunehmen, wobei sich die USA das Recht vorbehalten, die Trägerraketen bereitzustellen und die anderen NATO-Partner nur an der Produktion und Lieferung von Geräten und Material zu beteiligen. Dieser amerikanische Vorschlag und das damit verbundene Angebot an die NATO-Partner (besonders Westdeutschland und Frankreich) zur Bereitstellung von Trägerraketen führte zu einer ernststen Gefährdung des britisch-westdeutsch-französischen "Blue-Streak"-Programms, welches die gemeinsame Entwicklung einer ballistischen Mittelstreckenrakete zum Inhalt hatte.

Neben diesen Fragen wurde von westdeutscher Seite (Brentano) besonderer Nachdruck auf eine generelle Notstandsplanung in allen NATO-Staaten gelegt.

Die westdeutschen Vorschläge, die im Ergebnis der Beratungen an den NATO-Rat überwiesen wurden, fordern vom NATO-Rat eine allgemeingültige Festlegung für die Aufstellung der Heimwehrorganisationen und Ersatzverbände, die Bereitstellung von zusätzlichem Transportraum, Maßnahmen zur Gewährleistung einer zwischenstaatlichen Energieversorgung, die Anlegung von Depots, Maßnahmen zur weiteren Koordinierung des zivilen Bevölkerungsschutzes (Luftschutz) sowie weitere Verstärkung und Koordinierung der psychologischen Kriegführung.

2. Politische Fragen

Ausgehend von der Forderung des amerikanischen Außenministers Rusk an die Osloer NATO-Ratstagung, neben der weiteren Stärkung der militärischen Positionen der NATO, besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Zusammenarbeit auf nichtmilitärischem Gebiet zu legen, berührte die Diskussion zahlreiche politische Fragen, die das Ziel haben, die politische Einheit der NATO zu festigen. Im Mittelpunkt aller Diskussionen zu den politischen Fragen stand die Verbesserung der Konsultationen und gegenseitigen Informationen. Von allen NATO-Partnern wurde die Wichtigkeit der schnelleren Regelung dieser Frage unterstrichen und zum Ausdruck gebracht, daß ohne eine Lösung dieser Frage, die NATO ihrer politischen "Aufgabe" nicht voll gerecht werden könne.

Bei der Behandlung der Berlinfrage versuchte besonders der westdeutsche Außenminister einen harten Kurs in die Diskussionen hineinzutragen. Brentano forderte, daß die NATO der Sowjetunion klarmachen müsse, daß die "Freiheit" Westberlins mit allen Mitteln verteidigt werde. Zur Stellung ihrer Regierung zur Westberlinfrage äußerten sich außer Brentano die Außenminister der USA, Belgiens, der Niederlande und der neue NATO-Generalsekretär Stikker, der als ein Verfechter des aggressiven Kurses der Bonner Regierung auftrat.

Obwohl die NATO-Ratstagung formell eine Einigung über die Westberlinfrage erzielte, läßt sich in einigen Fragen ein Auseinandergehen der Ansichten zu diesem Problem nicht verhehlen (Brentano: Bonn werde mit allen Mitteln für die Freiheit Berlins eintreten, wenn nötig mit Gewalt; Rusk: Die USA seien im Falle des Abschlusses eines Friedensvertrages nicht bereit, auf ihre Rechte in Berlin zu verzichten.....wir werden jedenfalls für die Aufrechterhaltung unserer Rechte eintreten, falls man uns nach Abschluß eines Separatfriedens an deren Wahrnehmung hindern sollte).

Während der Diskussionen über die Kolonialfrage, die zahlreiche Widersprüche zwischen den einzelnen NATO-Staaten widerspiegeln, wurde übereinstimmend die Besorgnis über die Entwicklung in Asien (Laos), Afrika (Kongo und Angola) und Kuba zum Ausdruck gebracht. Im Verlaufe der Diskussion übten besonders der dänische und norwegische Außenminister heftige Kritik an der Kolonialpolitik Portugals und der Haltung der amerikanischen Regierung in der Laos- und Kubafrage. Während der Behandlung dieser Fragen wurde wiederholt Kritik daran geübt, daß diese Länder (Portugal und USA) ohne vorherige Konsultation die NATO-Staaten vor vollendete Tatsachen gestellt haben.

Heftige Kritik wurde von verschiedenen Seiten (besonders Portugal) daran geübt, daß die NATO-Staaten in der UNO zu verschiedenen Fragen keine einheitliche Auffassung vertraten (acht NATO-Staaten stimmten gegen die Kolonialpolitik Portugals in Angola). Um in Zukunft zu vermeiden, daß die NATO-Staaten in der UNO und in anderen internationalen Organisationen mit unterschiedlichen Auffassungen zu verschiedenen Fragen auftreten, wurde dem Ministerrat der NATO empfohlen, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, die alle NATO-Staaten verpflichten, vor dem Auftreten ihrer Vertreter in diesen Organisationen die politischen Standpunkte aufeinander abzustimmen.

Zur Erweiterung des politischen Einflusses der NATO, besonders gegenüber den neutralen und unabhängigen Nationalstaaten, unterbreitete die NATO-Ratstagung Empfehlungen, die vorsehen, diese Staaten über eine stärkere wirtschaftliche Bindung, politisch enger an die NATO zu ketten. Der amerikanische Außenminister Rusk betonte, daß die USA dazu übergehen, die Staaten Südamerikas durch besondere politische und ökonomische Maßnahmen enger an die USA zu binden.

3. Ökonomische Fragen

Die im Verlaufe der Diskussion vorgebrachten Fragen zu den wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der NATO offenbarten erneut die bestehenden Widersprüche zwischen den beiden ökonomischen Vereinigungen in Europa (EWG und EFTA).

Besonders heftige Kritik an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der NATO übte der dänische Außenminister Krag. Er hob hervor, daß die Existenz zweier Wirtschaftsvereinigungen in Fragen der Erteilung von Rüstungsaufträgen zu einer Blockbildung innerhalb der NATO geführt habe. Die EWG (besonders Westdeutschland) benutze ihre ökonomische Vormachtstellung in Europa dazu, den Mitgliedstaaten der EFTA ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten. Die strenge politische Programmfassung innerhalb der EWG erlaube im gegenwärtigen Moment aus dänischer Sicht keine Vereinigung zwischen EFTA und EWG. Im Falle einer Lockerung der strengen politischen Regeln gegenüber anschlussbereiten Staaten, wäre Dänemark und eine Reihe weiterer Länder zu einem sofortigen Anschluß an die EWG bereit. Die vom dänischen Außenminister geübte Kritik an der politischen Zielsetzung der EWG war Gegenstand der Ausführungen des belgischen Außenministers Spaak, der in seiner Rede hervorhob, daß von der schnellen Herstellung der wirtschaftlichen Einheit in Westeuropa abhängt, ob die NATO in der Lage ist, die ihr für die Zukunft gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Eine Diskussion zu diesem Thema sei unumgänglich, da es sonst leicht dazu führen könne, daß die EWG, wenn sie an ihren bisherigen politischen Zielen festhält, sich zu einem politischen Instrument außerhalb der NATO entwickelt.

Im Verlaufe der Diskussion über die Formen und Methoden der "Entwicklungshilfe" gegenüber schwachentwickelten Nationalstaaten traten erneut die Vertreter Griechenlands und der Türkei mit der Forderung auf, daß die NATO etwas tun müsse, um diese beiden ökonomisch rückständigen Länder der NATO in ihrer wirtschaftlichen Position zu stärken. Im Ergebnis der Aussprachen über dieses Thema wurde dem NATO-Rat empfohlen, eine Studien-Gruppe zu ernennen, welche die Aufgaben haben soll, die wirtschaftliche Lage in diesen beiden NATO-Staaten zu analysieren und Vorschläge über die Höhe der von der NATO zu leistenden Wirtschaftshilfe zu unterbreiten.

Nachfolgend wird der wesentlichste Inhalt der wichtigsten Reden der Außenminister, einige Vorlagen des Ständigen Rates und Aufträge zur Ausarbeitung weiterer Pläne und der Wortlaut des Abschlußkommuniqués wiedergegeben.

KURZE ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN AUF DER NATO-RATSTAGUNG
VOM 08. BIS 10.05.1961 IN OSLO GEHALTENEN REDEN

=====

1. Tag

A) Eröffnungssitzung

Die NATO-Ratstagung begann am 08.05.1961 um 10.00 Uhr mit einer öffentlichen Sitzung, die ca. 45 Minuten dauerte und auf der der norwegische Außenminister Lange in einer kurzen Ansprache die Teilnehmer Willkommen hieß und den Wunsch zum Ausdruck brachte, daß die Tagung die Stärke und Geschlossenheit der NATO weiter festigen möge.

Der Generalsekretär der NATO, Stikker, nannte in seiner anschließenden Ansprache einige Hauptprobleme und Hauptschwierigkeiten, denen die NATO gegenüberstünde.

Auf politischem Gebiet müßten große Anstrengungen in Hinsicht auf ständige Konsultationen unternommen werden, um unmittelbar vor wichtigen und vielleicht entscheidenden Entwicklungen die Übereinstimmung in der Außenpolitik zu verbessern.

Eine neue Phase der Abrüstungsverhandlungen könne im 2. Halbjahr 1961 beginnen.

Die NATO müßte darauf vorbereitet sein, daß die Bedrohung der Freiheit Berlins neue Verhältnisse und Sofortmaßnahmen mitsichbringen kann.

Die NATO sei tief bekümmert über die weitere Entwicklung in Afrika, besonders im Kongo und in Laos sowie über die Verschlechterung der Lage in Kuba. Die Regierungen der unterentwickelten Länder müßten deshalb davon überzeugt werden, daß der Westen ihnen einen besseren Entwicklungsweg als der Sowjetblock bieten kann.

Seit dem Frühjahr 1960 hätte sich verstärkt gezeigt, daß die verbesserte Zusammenarbeit und Koordinierung ebenso wie die langfristige Planung eine wesentliche Bedeutung für die Ausrüstung der Streitkräfte habe.

Der Vorsitzende der Versammlung, A. Nogueiro (Portugal) betonte in seiner anschließenden Rede, daß die NATO in Zukunft auch nichtmilitärischen Fragen mehr Beachtung schenken müsse, d.h., daß die Zielsetzung der NATO erweitert werden müsse.

B) Arbeitssitzungen

Die 1. Arbeitssitzung behandelte den Tagesordnungspunkt I, Weltpolitische Situation

- a) Beurteilung durch die Außenminister
- b) Aussprache.

1. Stikker, Generalsekretär der NATO,

betonte im Zusammenhang mit der bedrohlichen Lage, in der sich die freien Völker befänden, die Notwendigkeit zu engerer Zusammenarbeit und einer starken Führung des Bündnisses durch die USA. Er forderte alle Delegationen zur freimitigen Äußerung ihrer Meinungen auf.

2. Rusk, Außenminister der USA

Die sowjetische Politik diene dem Ziel, die gesamte Welt dem Kommunismus zu unterwerfen. Die Erfolge der Sowjetunion in der Weltraumforschung zwingen zur Zusammenarbeit auch auf nichtmilitärischem Gebiet.

Da die Sowjetunion eine starke Atom- und konventionelle Macht darstelle, wären die USA gezwungen, neben einer forcierten atomaren Rüstung, stärkere konventionelle Rüstungsmaßnahmen zu ergreifen. Aus diesem Grunde würden keine Truppen aus Europa abgezogen, sondern vielmehr ihre Feuerkraft noch verstärkt. Einem Separatfrieden zwischen dem Ostblock und der Ostzone müsse entgegengearbeitet werden, er könne aber möglicherweise nicht verhindert werden. Das Gesetz des Handelns läge bei der Sowjetunion. Durch geeignete internationale Maßnahmen solle jedoch versucht werden, die Möglichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages so weit wie möglich hinauszuschieben. Die USA seien aber im Falle eines Separatfriedens nicht bereit, auf ihre Rechte in Berlin zu verzichten, ebensowenig wie sie dadurch die Sowjetunion ihrer Verpflichtungen gegenüber der Herstellung der Einheit Deutschlands entledigt sähen. Sie würden jedenfalls für die Aufrechterhaltung ihrer Rechte in Berlin eintreten, falls man sie nach Abschluß eines Separatfriedens an deren Wahrnehmung hindern sollte.

Die Regierung der USA sei damit beschäftigt, für die NATO-Staaten ein Programm für die gemeinsame Weltraumforschung auszuarbeiten, um die Anstrengungen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet, die auch in Zukunft die Kraft eines Landes, wie der USA, übersteigen werden, zusammenzufassen. Die USA würden dabei die erforderlichen Trägerraketen und die Partnerstaaten Geräte, Ausrüstungen und Material liefern.

Die fehlgeschlagenen Übergangslösungen vom reinen Kolonialzustand zur Selbstbestimmung sei den erfolgreichen kommunistischen Subversionsversuchen zuzuschreiben. Die wirtschaftliche Lage dieser Staaten ließe zum Teil eine Änderung durch kurzfristige Maßnahmen nicht zu. Deshalb handele es sich bei diesen Staaten um latente Krisenherde, deren Ursache in der fehlgeschlagenen Kolonialpolitik der Verbündeten zu suchen sei. Durch sofortiges und gemeinsames politisches Handeln müßten im afrikanischen und südamerikanischen Raum Lebensbedingungen geschaffen werden, die dem Kommunismus ein weiteres Vordringen verwehren.

Die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung Castro und die Verstaatlichung des amerikanischen Eigentums sei kein Grund für eine Intervention, aber die jüngsten Drohungen Castros, Kuba sei nun ein Land des Ostblocks und habe in seiner Außenpolitik die gleiche Unterstützung wie in seiner Militärpolitik, stelle eine indirekte Drohung Moskaus gegen die USA dar.

Eine unmittelbare Kriegsgefahr durch einen Kernwaffenüberfall befürchteten die USA zur Zeit nicht. Dafür sei aber die Gefahr lokaler Kriege größer als zuvor und möglicherweise sei auf Grund der Verpflichtungen der USA in der gesamten Welt, der militärische Schutz Europas fraglich. Die USA würden in den ehemaligen Kolonien der Verbündeten eine Aufgabe für Europa erfüllen und folglich müßten sich die europäischen Partner ernsthaft überlegen, was sie zur Verstärkung der konventionellen Ausrüstung beitragen könnten.

Mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Streitkräften könne der Westen an den zur Zeit bekannten Krisenpunkten nicht gleichzeitig erfolgreich eingreifen. Deshalb sei man dabei, für Südamerika eine andere Lösung zu finden und für die asiatischen und afrikanischen Gebiete müsse die NATO diesbezügliche Überlegungen anstellen.

Gefährlich erweise sich die Neutralitätspolitik verschiedener Staaten. Die Aufgabe der NATO müsse es deshalb sein, diese Staaten durch wirtschaftliche Maßnahmen der atlantischen Gemeinschaft zu verpflichten. Die NATO könne sich hierdurch nicht nur wertvolle wirtschaftliche Ergänzungen für ihre rein militärischen Maßnahmen schaffen, sondern diese Staaten auch politisch verpflichten.

Der Austausch von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der westlichen Welt in der UNO schwäche die Position der freien Welt gegenüber den jungen Staaten und könne die kommunistischen Bemühungen zur Umbildung des UNO-Sekretariats unterstützen. Diesen und den sinngleichen Versuch der Sowjetunion in der Abrüstungsfrage und des Atomversuchsstops müsse mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden. Die NATO solle in Zukunft das militärische und politische Kernstück der westlichen Welt werden. Daher müßten die zur Zeit neutralen Staaten wirtschaftlich über die OECD und durch zweiseitige Vereinbarungen an die NATO gebunden werden, damit sich ihre Politik nicht gegen die Allianz wenden könne.

Der Westen müsse und könne die Wirtschaftsoffensive des Ostblocks ohne Bedenken annehmen, denn noch verfüge er über die größeren wirtschaftlichen Einsatzreserven.

3. S. Sarper, Außenminister der Türkei

Er stimmte mit Rusk in der Einschätzung der Krisenherde überein und unterstrich die Notwendigkeit der gemeinsamen Planung in bezug auf politische Fragen und der Verstärkung der Streitkräfte, erklärte aber gleichzeitig, daß die Türkei an einer Abrüstung sehr interessiert sei, da die wirtschaftliche Entwicklung unter den Rüstungslasten sehr leide.

4. Brentano

Die weltpolitische Situation zeige immer deutlicher, daß Europa nur ein Teil des sowjetischen Gesamtplanes zur Unterwerfung der freien Welt sei. Deshalb sollten die Beratungsthemen in Zukunft nicht mehr eingeschränkt werden. Die innenpolitischen Maßnahmen eines Partners, besonders in außereuropäischen Gebieten, könnten Rückschläge in einem anderen Land oder im gesamten Bündnis nach sich ziehen. Diese Tatsache verpflichtete diese Staaten ihre Verbündeten zu konsultieren, da man nicht erwarten könne, daß sich die NATO in ihrer Gesamtheit zu einer überholten Kolonialpolitik bekenne. Die NATO müsse aber auch bei verschiedenen Meinungen in der Methode der Maßnahmen gegenüber überseeischen Gebieten zu einer gemeinsamen Linie kommen. Es müßten endlich Opfer für die Einigkeit gebracht werden, um ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen.

Der Sowjetunion müßte klargemacht werden, daß die Freiheit Berlins mit allen Mitteln verteidigt werde. Die Bedrohungen der Freiheit Berlins sei nicht geringer geworden, und noch im Laufe dieses Jahres müsse mit einer ernsthaften Auseinandersetzung über den freiheitlichen Status im Sinne der NATO gerechnet werden.

Der Forderung nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung müsse die These vom allgemeinen und vollständigen Frieden entgegengesetzt werden.

Solange dies aber nicht erreicht sei, müsse die konventionelle Rüstung weiter verstärkt werden. Wenn die NATO-Verbände jedoch nicht ausreichend wären, einen konventionellen Angriff wirksam abzuwenden, so dürfe nicht gezögert werden, Kernwaffen einzusetzen.

Die Entwicklungshilfe im Rahmen der NATO müsse koordiniert werden, wobei die europäischen Verbündeten nicht vergessen werden dürften.

5. Spaak, Außenminister Belgiens

Ein Separatfrieden mit Pankow hätte Folgen, die für die drei Westmächte nicht zu übersehen seien und könne einen neuen Konfliktstoff bilden.

In der Kongofrage habe seine Regierung einige Fehler gemacht, jedoch hätte bei einer anderen Haltung der Verbündeten innerhalb der UNO die Entwicklung in einem für den Westen günstigeren Verhältnis ablaufen können. In Zukunft sollten bessere Absprachen gerade auf Gebieten, wo einzelne Partner berechnigte Sonderinteressen haben, stattfinden.

6. Luns, Außenminister der Niederlande

Den Kommunisten müsse klar sein, daß die NATO niemals einer sogenannten Freien Stadt Berlin zustimmen könne, solange diese Freiheit nicht durch entsprechende Schutzmaßnahmen des Westens garantiert sei.

Die Kolonialfragen müßten in Zukunft im NATO-Rahmen abgesprochen werden, wobei sich die Partner, die keine Kolonien mehr besitzen, etwas mehr in die Situation der Kolonialstaaten versetzen müßten.

7. Nogueira, Außenminister Portugals

Die in Angola aufgetretenen Schwierigkeiten seien ausschließlich auf die Einmischung außenstehender Kräfte zurückzuführen. In der UNO müsse man sich bei der Aufnahme neuer Mitglieder mehr auf deren Qualität als auf deren Zahl konzentrieren.

8. Averoff, Außenminister Griechenlands

Griechenland sehe keine Möglichkeit, die doppelte Forderung nach verstärkter Aufrüstung einerseits und größerer Entwicklungshilfe andererseits gleichzeitig zu realisieren.

9. Lord Home, Großbritannien

Die Zusammenarbeit sei in vielen Fragen noch nicht ausreichend, besonders in solchen Problemen, die scheinbar nur einen Partner angehen.

Es sei eine sehr schlechte Taktik, wenn das Gesetz des Handelns den Kommunisten überlassen und immer nur auf ihre Vorstöße geantwortet würde. Die NATO müsse in allen Punkten offensiv werden.

Portugal praktiziere zur Zeit eine falsche Kolonialpolitik und er empfahl eine Politik der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Kolonialvölker, die nach Erfahrungen der Briten, auf die Dauer zum Erfolg führe. Die afrikanischen Staaten könnten nur durch echte Zusammenarbeit und Vergrößerung der Anstrengungen hinsichtlich der Entwicklungshilfe für diese Länder als echte Partner gewonnen werden.

10. Couve de Murville, Außenminister Frankreichs

Er erkenne die Notwendigkeit, auch innenpolitische Probleme in der NATO aufzugreifen, da sie heute oft zu Konflikten führen könnten, die alle Partner gleichermaßen in ihrer Konsequenz betreffen.

In diesem Zusammenhang sei seine Regierung nicht immer den richtigen Weg gegangen.

Frankreich habe seine Atombombenversuche vorerst eingestellt, da die vorgesehene Versuchsreihe erfolgreich abgeschlossen sei. Es werde mit der Produktion von Kernwaffen entsprechend dem bekannten Programm beginnen.

2. Tag

11. Lange, Außenminister Norwegens

Die Stärkung der konventionellen Streitkräfte müsse Allgemein- gut im Denken und Handeln der NATO werden; gleichzeitig müßten aber die amerikanischen Landstreitkräfte in Europa, besonders in Westdeutschland, verstärkt werden. In der Berlinfrage sei noch vor Oktober dieses Jahres eine Krise zu erwarten und daher müßten auch die Siegermächte zusammen mit der Bundesrepublik jetzt alle Vorkehrungen treffen, mit denen man den voraussichtlichen Störungen begegnen könne. Die ausgearbeiteten Pläne müßten dem NATO-Rat erläutert und vorgelegt werden, damit man sich im voraus über das Risiko im Klaren sei.

Der Kolonialpolitik der Portugiesen stimme seine Regierung nicht zu, da man im Interesse der freien Welt nicht auf die rückschrittlichen nationalen Forderungen verschiedener Kolonialmächte Rücksicht nehmen könne.

Wenn die NATO getrennt aufmarschiere und sich womöglich noch schützend vor Verbündete stelle, die eine verwerfliche Kolonialpolitik betreiben, dann könne das Rennen auf diesem Gebiet verloren gehen.

12. Stikker, Generalsekretär der NATO,

wies darauf hin, daß in der Berlinfrage, der Abrüstungsfrage und der Einschätzung der kommunistischen Ziele Einstimmigkeit herrsche. Die folgende Diskussion solle die noch strittigen Fragen in der Kolonialpolitik und in der engeren Zusammenarbeit in der UNO noch etwas näher behandeln.

13. Rusk, Außenminister der USA,
bestätigte nochmals, daß die USA bereit seien, ihre Rechte in Berlin unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.
Er würde begrüßen, wenn die betreffenden Partner ihre Kolonialpolitik noch einmal überprüften. Weiterhin stimme er dem gemeinsamen Vorgehen in der UNO zu.
14. Sarper, Außenminister der Türkei
Es gäbe im mittleren Osten noch mehrere Staaten mit ungesunder Wirtschaftsstruktur, die man durch die mehrfach erwähnten afrikanischen Staaten nicht übersehen solle.
15. Averoff, Außenminister Griechenlands
Die Lage in der UNO sähe er nach der Debatte noch pessimistischer, da bei Beibehaltung der Kolonialpolitik durch verschiedene Partner die Sowjetunion große Chancen habe, die UNO wirklich zu einem Instrument ihrer Politik zu machen und bei den jungen Staaten offene Ohren finden würde.
16. Couve de Murville, Außenminister Frankreichs
Die Weltprobleme hätten nicht alle ihren Ursprung im kommunistischen Problem. Die NATO trage selbst einen großen Teil Schuld und müsse darüber nachdenken, was und wie sie den Dingen begegnen könne.
17. Stikker, Generalsekretär der NATO
Schlußwort zum Tagesordnungspunkt I:
In der Einschätzung der wirtschaftspolitischen und geistigen Offensive des Ostblocks und deren Ziele habe Übereinstimmung geherrscht.
Teilweise habe eine falsche Politik des Westens dazu geführt, daß verschiedene Staaten dieser Methode zum Opfer gefallen wären.

Deshalb müsse diese Politik revidiert und vereinheitlicht werden. Ebenso müßten die Meinungsverschiedenheiten in der Methode der Kolonialpolitik in absehbarer Zeit geklärt werden können.

Da der Wunsch nach einer gemeinsamen UNO-Politik vorhanden sei, müsse man bis zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten auf kolonialpolitischem Gebiet in allen anderen Fragen zusammengehen.

In der Berlinfrage herrsche Übereinstimmung, daß man sich einem einseitigen Friedensvertrag mit der Ostzone so weit wie möglich widersetzen werde. Der Westen habe keine Veranlassung seinerseits, Vorschläge zur Änderung des Berlinstatus zu machen. Die drei westlichen Siegermächte müßten ihre Eventualpläne stets erneuern und mit den Partnern im NATO-Rat absprechen, um jeder unvorhergesehenen Berlindrohung unverzüglich begegnen zu können.

Da kleine Konflikte eher möglich seien, als ein globaler Angriff des Ostens, müßten die konventionellen Truppen verstärkt werden. Die Atombewaffnung, die nach wie vor maßgeblich von den USA bestimmt und realisiert werde, dürfe dabei nicht übersehen werden.

Tagesordnungspunkt II:

Bericht über die Tätigkeit des Generalsekretariats

- a) Erläuterung zu den bereits den Delegationen vorher zugeleiteten Berichten
- b) Aussprache und Diskussion

Über den Tätigkeitsbericht sind keine Angaben vorhanden. Dänemark, Belgien und Großbritannien rechtfertigten ihren starken Zahlungsverzug hinsichtlich des gemeinsamen Verwaltungsetats und des Infrastrukturprogrammes.

Lord Home, Großbritannien

Die Bundesrepublik habe ihre in Aussicht gestellten Rüstungsaufträge nicht gegeben, wodurch das Militärbudget Großbritanniens in bezug auf Einnahmen sehr ins Schwanken gekommen sei. Großbritannien habe im letzten, durch den von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Akkreditiv für derartige Aufträge, einen wesentlichen Teil seines NATO-Beitrages beglichen. Dieser Fonds sei jedoch in den letzten Monaten zusammengeschrumpft, da die Bundesrepublik nichts mehr eingezahlt habe. Man werde aber versuchen, in den nächsten Monaten nachzuziehen, was im übrigen hinsichtlich des Beitrages zum Infrastruktur-Programm nicht so tragisch sei, da hier die Verwaltung der NATO noch über Guthaben bisher nicht realisierter Vorhaben verfüge.

Tagesordnungspunkt III:

Langfristige nichtmilitärische Planung

- a) Konsultation
- b) Zuständigkeit der Organisation auf wirtschaftlichem Gebiet
- c) Notstandsplanung
- d) Verschiedenes

Die Aussprache wird durch NATO-Generalsekretär Stikker eröffnet.

1. Krag, Außenminister Dänemarks

Im Rahmen der langfristigen nichtmilitärischen Planung müsse besonderer Wert auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt werden. Die beiden Wirtschaftsblöcke hätten bereits dazu geführt, daß Rüstungsaufträge innerhalb der NATO zu einer Blockbildung zwischen EFTA und EWG geführt haben. Die EWG würde ihre industrielle Vormachtstellung in Europa so ausnutzen, daß die der EFTA angehörenden Staaten in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen könnten.

Da die EWG Mehrheitsbeschlüsse fasse und ihre Ministerratsbeschlüsse durch einen Gerichtshof und eine Exekutive überwachen ließe, sowie auf Grund der strengen politischen Programmfassung käme zunächst ein Anschluß der EFTA an die EWG nicht in Frage.

Es sei erforderlich, daß die EWG-Staaten ihre straffen politischen Regeln gegenüber den anschlussbereiten Staaten etwas lockern, wobei Großbritannien in seinen Verhandlungen mit Frankreich und Westdeutschland eine Pionieraufgabe übernommen habe. Bei einer Lockerung der EWG-Bestimmungen werde Dänemark sofort um Aufnahme nachsuchen.

2. Spaak, Außenminister Belgiens.

bezeichnete die Ausführungen Klags als wesentlich für die Zukunft der NATO. Von der wirtschaftlichen Einheit Europas hänge es ab, ob die Partner ihren ständig wachsenden Verpflichtungen nachkommen könnten.

Die EWG könne, wenn sie ihren bisherigen politischen Weg fortsetzt, zu einem politischen Gremium außerhalb der NATO werden.

3. Luns, Außenminister der Niederlande

Auch die Niederlande sähen mit Sorge einer starken Politisierung der EWG entgegen. Es wäre daher zu begrüßen, wenn sich die EFTA-Staaten der NATO ebenfalls der EWG anschließen würden.

Die politischen Konsultationen sollten auf alle Gebiete ausgedehnt werden.

4. Lord Home, Außenminister Großbritanniens

Großbritannien sei wegen der politischen Konzentration an einer Zusammenarbeit mit der EWG interessiert. Die Gespräche mit Frankreich und Westdeutschland hätten gezeigt, daß ein Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt mit erheblichen wirtschaftlichen Opfern verbunden wäre.

5. Sarper, Außenminister der Türkei,
wies nochmals auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes hin und forderte den Rat auf, Möglichkeiten einer Wirtschaftshilfe zu überprüfen.
6. Andreotti, Kriegsminister Italiens
Das wirtschaftliche Instrument mit dem größten Nutzen sollte die OECD sein, während engere Beratungen derartiger Fragen in der NATO nicht unbedingt erforderlich seien.
7. Spaak, Außenminister Belgiens
Die Konsultationen sollten verstärkt auch auf die NATO-Randgebiete ausgedehnt werden.
8. Lord Home, Außenminister Großbritanniens,
wies auf die Dringlichkeit vorheriger Absprachen bei allen politischen Fragen hin. Er machte den Vorschlag, zur Klärung bestimmter Fragen kurzfristig Gruppen zu bilden, an denen die Beteiligung der einzelnen Staaten freigestellt bleibe.
9. Averoff, Außenminister Griechenlands,
unterstützte den Hinweis, eine Studienkommission für eine Entwicklungshilfe der NATO an Griechenland und die Türkei einzusetzen.
10. Brentano
Neben der Bereitschaft seiner Regierung Griechenland und die Türkei wirtschaftlich zu unterstützen, solle innerhalb der NATO ein Unterstützungsfonds errichtet werden, zu dem alle Länder ihren Beitrag leisten. Dies sei notwendig, da man bei zweiseitigen Verträgen nie wisse, wie sich die Lage des Spenders entwickeln werde.

Zur Notstandsplanung solle der Ständige Rat präzise Vorschläge über gemeinsame Depots für die Bevölkerung und die Truppe, die Bereitstellung von Transportraum für die Bevölkerung, die Möglichkeit der Energieversorgung aus dem Netz anderer Länder zur Aufrechterhaltung der Produktion in Krisenzeiten usw. ausarbeiten. Dabei müsse auch eine gewisse Einheitlichkeit und ein Erfahrungsaustausch auf dem Gebiete des zivilen Bevölkerungsschutzes und der Heimwehren erreicht werden.

Auf dem Gebiet der psychologischen Kriegführung werde durch die NATO und die einzelnen Mitgliedstaaten zur Beeinflussung der Entwicklungsländer zu wenig getan.

11. Rusk, Außenminister der USA

Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der politischen Konsultationen studiere die Regierung Kennedy ernsthaft die einzelnen Ansichten über eine gemeinsame Kontrolle und Befehlsgewalt über die Kernwaffen der NATO. Die Regierung sei noch zu keinem Entschluß gekommen, glaube aber folgendes klar erkennen zu können:

1. Alle NATO-Partner hegen den Wunsch, daß im Rahmen der abgestuften Abschreckung eine starke atomare Vergeltungsmacht bereitstehen solle;
2. Die Verbündeten sind bereit, ihren Anteil am weiteren Ausbau der konventionellen Streitkräfte im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten zu übernehmen;
3. Die NATO-Partner treten dafür ein, daß in den Gebieten, die dem NATO-Befehlshaber unterstehen, nicht nur taktische, sondern auch strategische Kernwaffen einsatzbereit stehen;
4. Die europäischen Verbündeten wären bereit, sich an der Verantwortung über den Einsatz dieser Waffen zu beteiligen;

5. Grundsätzlich bestehe bei keinem Partner der Wunsch, eine eigene Kernwaffenproduktion zu betreiben (mit Ausnahme von Großbritannien und Frankreich). Aus wirtschaftlichen Gründen solle dies den USA überlassen werden.

Aus diesen Gründen prüfen die USA, welche Möglichkeiten vorhanden sind, um derartige Ansichten zu realisieren. Die USA erwägen gegenwärtig sehr ernsthaft, ob es zweckmäßig sei, eine Gesetzesänderung herbeizuführen, die ihnen in einem beschränkten Umfang die Abgabe von Kernwaffen erlaubt.

Gleichzeitig müßte auch die Frage der Mitentscheidung über den Einsatz der Kernwaffen detaillierter untersucht werden. Um den Wünschen nach verstärktem atomarem Schutz kurzfristig gerecht zu werden, habe sich die Regierung entschlossen, aus dem laufenden Programm zunächst fünf kerngetriebene Unterseeboote (mit "Polaris"-Raketen) in den Gewässern der NATO einzusetzen. Diese Einheiten sollen in Verbindung mit dem NATO-Hauptquartier operieren und einer der hier handelnden US-Flotten unterstellt werden. Ihren Einsatzbefehl würden diese Kräfte nach der augenblicklichen gültigen Befehlsstruktur durch den Präsidenten der USA erhalten. Da der europäische NATO-Raum zu den am stärksten gefährdeten Gebiet gehört, ist eine Unterstellung weiterer Einheiten nicht ausgeschlossen.

VORLAGEN DES STÄNDIGEN RATES UND AUFTRÄGE ZUR AUSARBEITUNG
WEITERER PLÄNE

=====

In folgenden Punkten wurden Vorlagen des Ständigen Rates ohne ausdrückliche Diskussion angenommen bzw. dem Rat Aufträge erteilt, bis zur nächsten Tagung weitere Pläne auszuarbeiten:

Berlin

Ein Separatfrieden zwischen dem Ostblock und der Sowjetzone wird nicht anerkannt. Die sich daraus ergebenden Folgen für den Zugang nach Berlin werden vorerst mit der Sowjetunion besprochen und notfalls bei gewaltsamer Hinderung am Zutritt nach Westberlin der Zugang mit Gewalt erzwungen.

Die Berlinlösung ist nicht separat zu diskutieren, sondern nur als Bestandteil einer Deutschlandlösung auf der Basis der freien Selbstbestimmung des deutschen Volkes. Hierüber ist eine Diskussion mit der Sowjetunion möglich.

Alle Eventualmaßnahmen der drei westlichen Siegermächte sind mit den übrigen NATO-Partnern im NATO-Rat abzusprechen.

Abrüstung

Es werden weitere Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion im Einvernehmen mit den übrigen Partnern geführt. Annehmbare Vereinbarungen sind nur bei ausreichender Kontrolle über die Einhaltung der Abrüstung möglich.

Disengagement-Pläne sind in diesem Zusammenhang vom Militärkomitee prüfen zu lassen.

Strategie

Die amerikanische Ansicht über eine abgestufte Abschreckung wird akzeptiert. Das Militärkomitee legt mit dem militärpolitischen Ausschuss des Ständigen Rates die Anzahl der konventionellen Verbände und deren Ausrüstung, neue Richtlinien für die Anlegung von Depots und den Mindestzeitraum für die Versorgung fest.

Die Ausarbeitungen sind dem NATO-Rat/^{so}schnell wie möglich vorzulegen. Wenn notwendig, ist noch vor Dezember eine neue Ministerratstagung einzuberufen, andernfalls sind die Pläne spätestens bis zur Dezember-tagung vorzulegen.

Der NATO-Rat soll Vorschläge über eine gemeinsame Kontrolle und den Einsatzbefehl über die Kernwaffen vorbereiten und der Dezember- tagung vorlegen.

Entwicklungshilfe

Soll durch Absprachen in der NATO koordiniert und aktiv über die OECD abgewickelt werden. Auf besondere Brennpunkte sollte mehr Augenmerk gelegt und zielstrebig ange setzt werden. Die Mittel sollten nicht mehr planlos verteilt werden.

Hilfe für die Türkei und Griechenland

Einsetzung einer Dreiergruppe zur Untersuchung der wirtschaft- lichen Lage beider Länder. Schaffung eines NATO-Fonds.

Notstandsplanung

Der NATO-Rat erhielt den Auftrag, zusätzlich zu den bereits ge- planten Maßnahmen neue Pläne zur Aufrechterhaltung der Versor- gung der Bevölkerung auszuarbeiten. Dieses Problem verbleibt in nationaler Verantwortung. Diese Pläne sollen die Maßnahmen der einzelnen Länder aufeinander abstimmen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit in folgenden Fragen überprüfen:
Bereitstellung von Transportraum, Verkehrsfragen, Energieversorgung für den Zivilsektor und die Industrie, Heimwehr und Aufstellung von Ersatzverbänden.

Weltraumforschung

Die USA haben den Partnern hinsichtlich der Bereitstellung von Instrumenten, Geräten, gemeinsamer medizinischer Forschung, Ma- terialforschung usw. eine enge Zusammenarbeit vorgeschlagen. Die USA stellen die Trägerraketen zur Verfügung, die Partner die übrigen Geräte, die sie selbst entwickeln.

Der wissenschaftliche Ausschuß erhielt den Auftrag, weitere Einzelheiten und Möglichkeiten in der Zusammenarbeit mit der NASA auszuarbeiten.

Das "Blue Streak"-Projekt zwischen England, Frankreich und Westdeutschland wird dadurch höchstwahrscheinlich aufgegeben. Die Entscheidung hierüber wird erst nach Vorlage des Berichtes über die mögliche Zusammenarbeit mit der NASA fallen.

(Diese Maßnahme stößt auf den Widerstand Großbritanniens. Angeblich soll vorher nichts von dem Angebot der USA bekannt gewesen sein).

EWG - EFTA

Der wirtschaftspolitische Ausschuß erhielt den Auftrag, sich in die Vorarbeiten zur Aufnahme weiterer Staaten in die EWG einzuschalten. Eine endgültige Entscheidung soll offiziell in der OECD vorgenommen werden.

Konsultationen

Ohne Beschränkung auf Themen und geographische Geltungsbereiche sollen durchgeführt werden:

- a) Konsultationen mit dem Ziel gemeinsamer Meinungsbildung;
- b) Konsultationen mit dem Ziel der gegenseitigen Information;
- c) Konsultationen über Themen, die unmittelbare NATO-Fragen berühren;
- d) Informierung über alle übrigen Randthemen;
- e) Konsultationen zu Themen, die eine Kriegsgefahr in sich tragen;
- f) Bildung von Gruppen, die zu Themen, die kurzfristige Entscheidungen verlangen, für den Ständigen Rat entsprechende Unterlagen vorbereiten;
- g) Bildung von Arbeitsgruppen, die auf Antrag einzelner Mitgliedstaaten gebildet werden. Die Entscheidung über die Ergebnisse der Arbeit dieser Gruppen werden nur durch den Ständigen Rat getroffen;
- h) schnellere und umfassendere Informationen der Ständigen NATO-Vertreter, um die Wirksamkeit der Konsultationen und Informationen zu erhöhen.

ABSCHLUSSKOMMUNIQUE DER NATO-RATSTAGUNG

Das Abschlußkommuniqué der Osloer NATO-Ratstagung hat folgenden Wortlaut:

1. Der Ministerrat der NATO hielt seine Frühjahrstagung vom 08. bis 10. Mai in Oslo unter Vorsitz des neuen Generalsekretärs D.U. Stikker ab.
2. Seitdem sich die atlantischen Staaten vor zwölf Jahren in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zusammenschlossen, um ihre gemeinsame Verteidigung zu sichern, hat ihr Bündnis den Frieden und die Freiheit gewahrt. Die Drohung, die sie zum Zusammenschluß veranlaßte, ist jedoch heute nicht nur militärischer Art, sondern hat auch weltweite politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und psychologische Aspekte.
3. Das nordatlantische Bündnis bedroht niemanden. Es wird niemals zur Aggression benutzt werden. Es will den Krieg und die Kriegsursachen ausschalten. Aber es ist entschlossen, das Recht der Völker auf ein Leben in Freiheit zu verteidigen. In der heutigen Welt sind die Einheit und die Stärke des atlantischen Bündnisses für den Frieden und das Überleben der Freiheit lebenswichtig. Seine gemeinsamen Hilfsquellen - im moralischen wie im materiellen - werden dieser Aufgabevoll gerecht. Im festen Vertrauen auf ihre Stärke, auf die Willenskraft der Völker und die Wahrheit der von ihnen vertretenen Ideale bekennen sich die fünfzehn atlantischen Staaten weiterhin zum Aufbau einer Welt frei von der falschen Doktrin und Praxis des ständigen und unausweichlichen Konfliktes.

4. Während ihrer Tagung prüften die Minister die Entwicklung der internationalen Lage. Angesichts der verstärkten Bemühungen des kommunistischen Blocks, Konflikte anzustiften und auszudehnen, bekräftigen die Minister ihre Entschlossenheit, dieser Herausforderung zu begegnen.
5. Die atlantischen Staaten sind bereit, ihren Beitrag zur Erlangung einer gerechten und billigen Regelung offener politischer Fragen zu leisten. Sie bedauern das Fehlen einer entsprechenden sowjetischen Bereitschaft.
6. Die Minister stellten mit Bedauern fest, daß in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands kein Fortschritt erzielt worden ist. Sie bekräftigen ihre Überzeugung, daß eine friedliche und gerechte Lösung des deutschen Problems einschließlich Berlins nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts gefunden werden kann. Hinsichtlich Berlins unterstreichen sie erneut ihre in der Erklärung vom 16. Dezember 1958 dargelegte Entschlossenheit, die Freiheit West-Berlins und seiner Bevölkerung zu wahren. In bezug auf die oft wiederholte Drohung der Sowjetunion, einen Separat-Friedensvertrag zu unterzeichnen, bekräftigen sie die Worte in der Erklärung von 1958, daß die Aufkündigung der interalliierten Vereinbarungen über Berlin durch die Sowjetunion in keiner Weise die anderen Vertragspartner ihrer Rechte berauben oder die Sowjetunion ihrer Verpflichtungen entbinden kann.
7. Stufenweise Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle ist und bleibt eines der Hauptziele der Regierungen der Bündnispartner. Der Rat gibt daher der Hoffnung Ausdruck, daß die Aufnahme von Konsultationen mit der UdSSR durch die USA mit dem Ziel, zu einem gegenseitig annehmbaren Verfahren zu kommen, die Wiederaufnahme von Verhandlungen gegen Ende Juli gestatten wird. Er war sich einig, daß die Haltung der Mitglieder des Bündnisses, die an den Abrüstungsgesprächen teilnehmen, in enger Konsultation im NATO-Rat entwickelt werden soll.

8. Hinsichtlich der Genfer Verhandlungen über die Einstellung von Atomversuchen nahm der Rat zustimmend zur Kenntnis, daß die USA und Großbritannien den Entwurf eines umfassenden Vertrages vorgelegt haben, der eine Grundlage für eine Einigung darstellt. Er bedauert, daß die negative Haltung der sowjetischen Regierung neue Schwierigkeiten aufgeworfen hat, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Regierung sich alsbald einem wirksamen Abkommen als einem ersten und bedeutsamen Schritt auf dem Wege zur Abrüstung anschließen wird.
9. Die Aufgabe, den weniger entwickelten Gebieten der Welt bei der Hebung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu helfen, stellt eine der wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit dar. Die Mitgliedstaaten des atlantischen Bündnisses greifen diese Herausforderung gern auf. In ihrer Prüfung der Weltlage maßen die Minister dieser Frage einen hohen Vorrang bei. Mit Befriedigung nahmer sie von dem großen Ausmaß der Hilfeleistungen der freien Welt Kenntnis - im Verhältnis dazu ist die vom Ostblock gewährte Hilfe winzig - und bekräftigten ihre Entschlossenheit, ihre Bemühungen zu verstärken.
10. Die Minister erörterten die Probleme der langfristigen Planung innerhalb des Bündnisses im nicht-militärischen Bereich auf der Grundlage eines Berichtes des Ständigen Rates, der sich mit der zukünftigen Entwicklung und der Aufgabe der Allianz auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft, der zivilen Notstandsplanung und anderen befaßt.
Ausgehend von diesen Berichten erteilten sie dem Ständigen Rat Richtlinien für die Stärkung der Allianz.
Der Rat stellte fest, daß auf dem Wege zu größerer Zielstrebigkeit und besserer Abstimmung der Aktionen der Mitgliedstaaten große Fortschritte erzielt wurden. Er betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer engen, laufenden und freimütigen Konsultation, um die wachsende Einheit des atlantischen Bündnisses wirksam werden zu lassen.

11. Die Minister forderten den Ständigen Rat auf, in enger Zusammenarbeit mit den Militärbehörden seine Prüfungen aller Aspekte der militärischen Gesamtstruktur des Bündnisses fortzusetzen mit dem Ziel, die Abschreckungs- und Verteidigungskraft der Allianz zu verbessern. Sie ersuchen den Rat, ihnen diese Untersuchungen nach Fertigstellung unverzüglich vorzulegen und der Ministerratstagung im Dezember zu berichten.
12. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Minister den Wirtschaftsproblemen Griechenlands und der Türkei. Unter Beachtung des bedeutsamen Beitrages dieser beiden Länder zur gemeinsamen Verteidigung prüften die Minister Mittel und Wege zur Stützung der Bemühungen Griechenlands und der Türkei mit dem Ziel, die Entwicklungsprogramme zu beschleunigen und den Lebensstandard ihrer Völker zu heben.

Anhang 2

TEILNEHMER AN DER OSLOER NATO-RATSTAGUNG

Belgien

P.H. Spaak	Außenminister
A. de Staercke	NATO-Botschafter, Ständiger Vertreter bei der NATO
A. Holvoet	Botschafter, Leiter der Abteilung für politische Fragen
R. Rothschild	Botschafter, Leiter des Kabinetts im Außenministerium
Baron F. de Selys Longchamps	Bevollmächtigter Minister, Leiter des Dienstes für regionale Angelegenheiten im Außenministerium
R. Lion	Berater des NATO-Botschafters, Stellv. des Ständigen Vertreters bei der NATO und Sekretär der Delegation

Kanada

H.C. Green	Außenminister
J. Leger	Ständiger Vertreter bei der NATO
R.A. Mackay	Kanadischer Botschafter in Norwegen
G. Ignatieff	Stellv. Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten
R. Campbell	Mitarbeiter im Außenministerium
W.H. Barton	Mitarbeiter im Außenministerium
J.H. McCardle	Stellv. des Ständigen Vertreters bei der NATO
R.P. Cameron	Sekretär der Delegation
R.J. Jephson	Mitarbeiter im Außenministerium

Dänemark

J.O. Krag	Außenminister
E. Schram-Nielsen	Stellv. Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Außenministerium
O.R. Borch	Abteilungsleiter im Außenministerium
P. Steenberger	Stellv. Abteilungsleiter im Außen- ministerium, Sekretär der Delegation
P. Groot	Stellv. Abteilungsleiter
M.A. Wassard	Botschafter, Ständiger Vertreter bei der NATO
T. Oldenburg	Botschaftsrat, Stellv. des Ständigen Vertreters bei der NATO
G. Heering	Sekretärin

Frankreich

Couvé de Murville	Außenminister
J. de Beaumarchais	Bevollmächtigter Minister
C. Luget	Bevollmächtigter Minister
F. de Rose	Bevollmächtigter Minister
P. Baraduc	Bevollmächtigter Minister
J. Binochie	Französischer Botschafter in Oslo
R. Chalon	Botschaftsrat in der franz. Botschaft in Oslo
J. Videlier	Sekretär der franz. Botschaft in Oslo
M. Gastaud	Kanzler der franz. Botschaft in Oslo
H. Golotine	Kanzler im Außenministerium
P. de Leusse	Ständiger Vertreter bei der NATO
J. Jurgensen	Stellv. des Ständigen Vertreters bei der NATO
P. de Menthon	Berater für Auswärtige Angelegenheiten, Sekretär der Delegation
G. Judrin	Sekretärin

Westdeutschland

Dr. H. von Brentano	Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
K. Carstens	Staatssekretär im Auswärtigen Amt
Dr. H. von Etzdorf	Ministerialdirektor, Leiter der Abt. 3 im Auswärtigen Amt
Dr. U. Sahn	Leiter des Referats 301 im Auswärtigen Amt
K. G. von Hasse	Pressereferent im Auswärtigen Amt
Dr. F. Mittelstrass	Bundesministerium für Wirtschaft
H. Küffner	Bundespresse- und Informationsamt
Dr. G. von Walther	Botschafter und Ständiger Vertreter bei der NATO
Dr. F.-K. von Flehwe	Stellv. des Ständigen Vertreters bei der NATO
H. Schulze-Boysen	Sekretär der Delegation

Griechenland

T. Averoff-Tossizza	Außenminister
M. Melas	Botschafter, Ständiger Vertreter bei der NATO
P. Verykios	Botschafter Griechenlands in Norwegen
A. Tzirias	Bevollmächtigter Minister, Leiter der Abteilung NATO-Fragen im griech. Außenministerium
A. Phrydas	Botschaftsrat, Ständiger Vertreter bei der NATO
D. Cosmadopoulos	Erster Sekretär der Botschaft, Sekretär der Delegation

Island

G. I. Gudmundson	Außenminister
H. G. Andersen	Botschafter, Ständiger Vertreter bei der NATO
A. K. Jonsson	Generalsekretär des Außenministeriums
H. Gudmundson	Botschafter Islands in Norwegen

Italien

Andreotti
Kriegsminister (vertrat den erkrankten Außenminister Segni)

A. Cattani
Botschafter - Generalsekretär des Außenministeriums

A. Marieni
Minister - Pressechef des Außenministeriums

F. Sensi
Minister - Leiter d. Ministerkabinetts

P. Pansa Cedronio
Botschaftsrat, Chef des NATO-Dienstes

M. Pinna Cabone
Bevollmächtigter Minister, Stellv. des Ständigen Vertreters bei der NATO

C. Orlandi Contucci
Botschaftsrat beim Ständigen Vertreter bei der NATO

Luxemburg

E. Schaus
Außenminister

P. Reuter
Botschafter, Ständiger Vertreter bei der NATO

P. Pescatore
Bevollmächtigter Minister, Leiter der politischen Abteilung im Außenministerium

Niederlande

J. M. A. H. Luns
Außenminister

Dr. H. R. van Houten
Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten

Baron J. A. G. de Vos van Steenwijk
Generaldirektor für politische Angelegenheiten

A. R. Tammenoms Bakker
Direktor für NATO- und WEU-Angelegenheiten

W. L. Renaud
Leiter der Abteilung NATO und WEU
Sekretär der Delegation

J.A. de Ranitz
C.D. Barkman

Ständiger Vertreter bei der NATO
Berater für politische Angelegenheiten beim Ständigen Vertreter bei der NATO

Norwegen

H. Lange
J. Boyesen
H. Engen
A. Gunneng
T. Myklebost
G. Kristiansen
R. Busch
E. Himle
F. Ramm

Außenminister
Ständiger Vertreter beim NATO-Rat
Minister (Außenministerium)
Generaldirektor für politische Angelegenheiten im Außenministerium
Leiter des Informationsdienstes
Stellv. Direktor für politische Angelegenheiten
Abteilungsleiter im Außenministerium
Generalsekretär im Kriegsministerium
Leiter der Abteilung für NATO-Angelegenheiten im Kriegsministerium

Türkei

S. Sarper
V. Halefoglu
K. Acet
H. Bayulken
O. Olcay
T. Ulgen
G. Balkar
M.N. Birgi
P. Subasi
S. Elekdag

Außenminister
Generaldirektor der 1. Politischen Abteilung (Außenministerium)
Generaldirektor der 2. Politischen Abteilung (Außenministerium)
Leiter der politischen Planungsgruppe (Außenministerium)
Generaldirektor der Abteilung NATO-Fragen (Außenministerium)
Privatkabinett des Außenministers
Dritter Sekretär der politischen Planungsgruppe (Außenministerium)
Botschafter, Ständiger Vertreter bei der NATO
Stellv. des Ständigen Vertreters bei der NATO
Erster Sekretär (ökonomische Fragen) beim Ständigen Vertreter bei der NATO

Großbritannien

Lord Home	Außenminister
A.C. I. Samuel	Privatsekretär
J.O. Wright	Stellv. Privatsekretär
E. Shuckburgh	Berater
P.E. Ramsbotham	Berater
L. Fielding	Berater
C. Petrie	Informationsabteilung
L.J. Sabatini	Berater
K. Sutton	Zentralbüro für Informationen
P. Mason	Ständiger Vertreter bei der NATO
P. Murray	Berater
D.C. Humphreys	Berater
S.J. Rose	Berater (Sekretär der Delegation)

Vereinigte Staaten

Dean Rusk	Außenminister
K. Finletter	Botschafter, Ständiger Vertreter beim NATO-Rat
F.D. Kohler	Stellv. des Außenministers für europäische Angelegenheiten
G.C. McGhee	Vorsitzender des Politischen Planungsrates im Außenministerium
P.H. Nitze	Stellv. des Kriegsministers für internationale Sicherheit
R.L. Thurston	Stellv. des Ständigen Vertreters beim NATO-Rat
R.W. Turby	Stellv. des Außenministers für Staatsangelegenheiten
J.M. Steeves	Stellv. des Stellvertr. Außenministers für Fernost-Angelegenheiten
C.R. Wharton	Amerikanischer Botschafter in Nor- wegen
R. Fessenden	Direktor des Büros für europäische regionale Angelegenheiten (Außen- ministerium)

Oberst S.K. Eaton	Stellv. Direktor, europäische Region im Büro des Stellv. Kriegsministers für internationale Sicherheit
E.A. Gullion	Stellv. Direktor, US-Abrüstungs-Verwaltung im Außenministerium
M.J. Hillenbrand	Direktor des Büros für deutsche Angelegenheiten, Außenministerium
C.E. Knox	Büro für politische Angelegenheiten der Ständigen Vertreter
W. Lehmann	Berater in Staatsangelegenheiten im Büro für europäische regionale Angelegenheiten (Außenministerium)
R.N. Magill	Stellv. Direktor des Büros für europäische regionale Angelegenheiten (Außenministerium)
Generalmajor F.H. Miller	Direktor des Büros des Stellv. Kriegsministers für internationale Sicherheit, europäische Region
H. Williams	Stellv. des Stellv. Kriegsministers für internationale Sicherheit
J.J. Wolf	Direktor des Büros für politische Angelegenheiten der Ständigen Vertreter
R.H. Kupinsky	Büro für europäische regionale Angelegenheiten (Außenministerium)
W.M. Gibson	Direktor des Büros für internationale Konferenzen (Außenministerium), Sekretär der Delegation
T.J. Dunnigan	Sekretär im Außenministerium
E.C. Swank	Persönlicher Gehilfe des Außenministers
<u>Portugal</u>	
A.F. Nogueira	Außenminister
A. de Faria	Botschafter, Ständiger Vertreter im NATO-Rat
Novais Machado	Leiter der Abteilung NATO-Angelegenheiten im Außenministerium
F.M.B. Moita	Sekretär des Außenministers
P.P.B. de Sousa Pernes	Ständiger Vertreter bei der NATO, Sekretär der Delegation